

**Antrag 279/I/2025****KDV Lichtenberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Kein Bühne für Shen Yun in staatlich geförderten Kulturstätten Berlins**

1 Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass staatlich geförder-  
2 te Kulturstätten in Berlin keine Gastspiele der Organisati-  
3 on Shen Yun mehr zulassen, sofern diese nicht grundle-  
4 gende demokratische und menschenrechtliche Mindest-  
5 kriterien erfüllen. Kulturelle Veranstaltungen in staatlich  
6 geförderten Häusern müssen transparent sein und dür-  
7 fen keine problematischen ideologischen Strukturen un-  
8 terstützen. Daher fordern wir die zuständigen Behörden  
9 und Einrichtungen auf, klare Mindestkriterien für Gast-  
10 spiele in staatlich unterstützten Häusern festzulegen.

11

**Begründung**

13 Die Tanzgruppe Shen Yun tritt weltweit mit dem Anspruch  
14 auf, traditionelle chinesische Kultur zu bewahren. In Wirk-  
15 lichkeit ist Shen Yun jedoch eng mit der Bewegung Falun  
16 Gong verbunden, die nicht nur eine umstrittene weltan-  
17 schauliche Gruppierung darstellt, sondern auch für auto-  
18 ritäre Strukturen, fragwürdige Ideologien und problema-  
19 tische Arbeitsbedingungen bekannt ist.

20

21 Aktuelle Recherchen haben problematische Hintergründe  
22 offenbart:

23

- 24 • Politische und religiöse Indoktrination: Die Auffüh-  
25 rungen von Shen Yun enthalten nicht nur antikom-  
26 munistische Botschaften, sondern auch apokalypti-  
27 sche Heilslehren von Falun Gong, die auf Verschwö-  
28 rungstheorien und pseudowissenschaftlichen Kon-  
29 zepten basieren.
- 30 • Problematische Arbeitsbedingungen: Berichte und  
31 Klagen ehemaliger Mitglieder belegen, dass Tän-  
32 zer:innen unter restriktiven, sektenähnlichen Struk-  
33 turen arbeiten müssen und systematischer Kontrol-  
34 le unterliegen.
- 35 • Irreführende Werbung: Shen Yun wirbt mit einer  
36 „reinen Kunstaufführung“, ohne auf die ideologi-  
37 sche Ausrichtung hinzuweisen, sodass Besucher:in-  
38 nen unwissentlich Teil einer politisch-religiösen  
39 Agenda werden.

40

41 Staatlich geförderte Kulturstätten tragen Verantwortung  
42 und sollten keine Plattform für Organisationen bieten,  
43 die intransparent agieren oder menschenrechtliche Stan-  
44 dards missachten.

45

46 Berlin steht für eine offene, demokratische und men-  
47 schenrechtsorientierte Kulturpolitik – dies darf nicht  
48 durch intransparente Strukturen unterwandert werden!

**Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)**